



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 32 - Plenarwoche 7. - 11. März 2005

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

1. Sonderveranstaltungen zum Internationaler Frauentag im Europäischen Parlament (EP)

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März haben die Abgeordneten eine mündliche Anfrage an Rat und Kommission in Bezug auf Folgemaßnahmen im Anschluss an die von der Vierten Weltfrauenkonferenz verabschiedete Aktionsplattform für Frauen (Peking + 10) gestellt. Neben dieser Aussprache fanden parallel zu der Plenartagung verschiedene Ereignisse und Ausstellungen statt, um auf das Thema der Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen. So fand unter anderem eine Sonderdebatte außerhalb des Plenums statt, an der neben Abgeordneten verschiedene Gäste teilnahmen.

2. Frühjahrsgipfel und Strategie von Lissabon

Am Mittwochvormittag debattierten die Abgeordneten mit Ministerrat und Kommission über den kommenden Frühjahrsgipfel am 22. und 23. März 2005 in Brüssel sowie die Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie. Ziel der Lissabon-Strategie war ursprünglich, bis 2010 der "dynamischste wissenschaftsbasierte Wirtschaftsraum der Welt zu werden". Nunmehr lässt sich jedoch feststellen, dass das wirtschaftliche Wachstum der 15 EU Nationen nicht um 3% im Schnitt zugenommen hat, sondern nur um 1,4%. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität blieb deutlich hinter dem der USA zurück. Die Beschäftigungsquote ist zwar von 63 % auf 64,5% gestiegen, aber noch weit entfernt von dem 2000 gesetzten Ziel der 70%-Marke. Die Abgeordneten stimmten aber überein, dass in Europa die Chancen auf mehr Wachstum und Beschäftigung steigen. Die CDU/CSU-Abgeordneten im EP hoben bei der Debatte hervor, dass eine Lockerung des Stabilitätspakts der falsche Weg ist, um die Ziele von Lissabon schneller voran zu bringen. Die Abgeordneten betonten jedoch, mit dem Fokus auf Wachstum und Arbeit habe die Kommission die richtigen Prioritäten gesetzt.

3. Gedenken an die Opfer des 11. März 2004

Die Abgeordneten des EP haben am Donnerstag um 12.00 Uhr den Opfern der Terroranschläge von Madrid am 11. März gedacht. Der Terroranschlag von Madrid ist einer der blutigsten, die Europa je erlebt hat: 192 Menschen starben und über 1.400 wurden verwundet, als in vier Vorortzügen zehn Bomben explodierten. Die Sprengsätze waren in Reisetaschen in den Zügen abgestellt worden.

II. Das EP hat u.a. folgende Gesetze und Erklärungen beschlossen:

1. Fluglotsenzulassung

Am Dienstag hat das EP entschieden, dass künftig Fluglotsen im zivilen Flugverkehr in der gesamten EU nach den gleichen Regeln ausgebildet und zugelassen werden sollen. Die Abgeordneten unterstützten damit in ersten Lesung einen entsprechenden Vorschlag der Kommission. Nach der geplanten Richtlinie soll ein Zertifikat, das dem Fluglotsen von der

nationalen Aufsichtsbehörde ausgestellt worden ist, automatisch in allen EU-Mitgliedstaaten anerkannt werden.

2. Reform der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) für Zucker

In der Plenardebatte am Donnerstag über die Zukunft der europäischen Zuckermarktordnung hatte sich die EVP für die Erhaltung eines nachhaltigen Zuckerrübenanbaus in Europa ausgesprochen. Die anwesende Agrarkommissarin wurde aufgefordert, in ihrem Legislativentwurf für die Reform der GMO erhebliche Änderungen an den Reformvorschlägen der EU-Kommission vom Juli vergangenen Jahres vorzunehmen.

Eine Reform der GMO ist notwendig, damit auch zukünftig noch Zuckerrüben in der Europäischen Union angebaut werden können. Die jetzt auf dem Tisch liegenden Reformvorschläge der EU-Kommission gehen jedoch zu weit. Genau dies hat die große Mehrheit der Abgeordneten in einem gemeinsamen Entschließungsantrag fraktionsübergreifend deutlich gemacht. Bei der Zuckermarktordnung geht es nicht nur um die Versorgung der EU-Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem und nachhaltig produziertem Zucker, sondern auch um mehr als 350.000 bäuerliche Familienbetriebe und 230 Zuckerfabriken mit mehreren Tausend Arbeitsplätzen.

Die europäische Landwirtschaft muß nach geltendem EU-Recht "multifunktional, nachhaltig und wettbewerbsfähig" bleiben. Dies umfasst neben der Grundversorgung der Bevölkerung auch ausdrücklich Aufgaben der Landschaftspflege, des Umwelt- und Tierschutzes, der Sicherung des ländlichen Raumes und der ländlichen Entwicklung. Wer in Europa eine solche Landwirtschaft will, der muss ihr auch einen entsprechenden Schutz zuteil werden lassen. Die Abgeordneten forderten deshalb, dass die Produktion von Importzucker den gleichen Sozial- und Umweltstandards unterliegt wie in der Europäischen Union. Die Kommission wurde zudem aufgefordert, Vorschläge für eine faire Steuerung des Zuckerangebots aus den AKP-Staaten und die Verhinderung eines sogenannten Dreieckshandels über Drittstaaten vorzulegen.

4. Übermittlung von Fluggastdaten und Datenspeicherung

Am 28. Mai 2004 haben die EU und die Vereinigten Staaten ein Abkommen unterzeichnet, das die Weitergabe von Fluggastdatensätzen an die USA ermöglicht. Dies geschah, obwohl das Europäische Parlament 2003 und 2004 seine Besorgnis darüber ausgesprochen hatte, dass die amerikanischen Behörden systematisch Zugriff auf europäische Fluggastdatensätze (PNR) haben.

In einer Debatte am Mittwochabend hat sich das Parlament nunmehr erneut mit diesem Thema befasst. Die Kommission wurde dazu aufgefordert, zu erklären, wie umfangreich diese Daten sind und wie sie geschützt sind. Die Abstimmung hierzu soll im April stattfinden.

III. Weitere Themen waren:

- Abstimmungen über den Jahresbericht der Europäischen Investitionsbank für das Jahr 2003/2004,
- Verbesserung der Gefahrenabwehr in Häfen,
- Förderung der Ökologischen Landwirtschaft
- EU- Forschungsförderung
- Handel mit menschlichen Stammzellen (Embryonen). Das Parlament reagierte damit insbesondere auf Berichte über einen Handel mit rumänischen Eizellen in Großbritannien.
- Erlass einer Verordnung zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern.

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm.

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: hmayer@europarl.eu.int, Internet: www.europa-mayer.de